

# Die Neuorientierung im Bündnis mit dem Donaurauch.

## Die Wiederherstellung der Wahlrechtsvorlage der Regierung abgelehnt.

### Die neuen Voraussetzungen des Bündnisses

Wien, 13. Mai. (Meldung des „Wiener t. l. Korresp.-Büros“.) Zu dem heutigen amtlichen Bericht über die Begegnung zwischen Kaiser Karl und Kaiser Wilhelm und den beiderseitigen Staatsmännern im deutschen Großen Hauptquartier veröffentlichten die Blätter von unterrichteter Seite folgende erläuternde Bemerkungen:

Der alte Zweibund war auf der Grundlage der Verteidigung, und zwar besonders gegen Rußland aufgebaut. Die Entwicklung im Weltkrieg hat die Vorbedingungen dieses Bündnisses als solche nicht erschüttert, sondern im Gegenteil bekräftigt. Wir sind die Angegriffenen und müssen uns gegen eine ganze Welt von Angreifern verteidigen. Wir müssen also an dem Defensivbündnis festhalten und für einen Ausbau und eine Vertiefung dieses Bündnisses, das für alle Zeiten den Charakter des Verteidigungsbündnisses beibehalten wird, nur andere Vorbedingungen schaffen. Denn Rußland als eigentlicher bedrohender Faktor der Mittelmächte hat auf lange Zeit hinaus aufgehört, für uns eine Gefahr zu bedeuten. Dagegen droht uns die ganze Welt von anderen Feinden mit Vernichtung. Unsere Verteidigung muß sich dieser Lage anpassen und auch andere Angriffsmöglichkeiten als die Rußlands allein ins Auge fassen. Dieses Verteidigungsbündnis hat im Rahmen des Völkerbundes, wie ihn die Entente angeblich anstrebt, vollen Platz. Der Völkerbund will Schutz gegen künftige Kriege. Der Zweibund will nichts anderes als sich gleichfalls gegen künftige Kriege schützen; sein Grundgedanke ist derselbe wie der des Völkerbundes. Es ist klar, daß bei der Erörterung der Bündniserneuerung auch eine Reihe von Fragen politischer, militärischer und wirtschaftlicher Natur, die im engeren Zusammenhang hiermit stehen, besprochen werden mußten.

Aus der Wiener Depesche geht deutlich hervor, daß dieser Mißstand beseitigt werden soll, wobei die Feindschaft also jenen hochpolitischen Charakter getragen, der ihnen von Wien aus bei Bekanntwerden der in Aussicht stehenden Reise zugemessen wurde. Was Kaiser Karl nach der Affäre mit Clemenceau an Kaiser Wilhelm telegraphierte: „Gemeinsam werden wir den ehrenvollen Frieden erzwingen“, hat jetzt äußerlich seine Bestätigung gefunden durch den Beschluß im Großen Hauptquartier, daß eine „Vertiefung“ des Bündnisses Platz greifen solle. Wenn demnach die französischen Blätter nach der Kaiserbrief-Affäre und nach der Art, wie Clemenceau persönlich den Kaiser Karl angriff, besorgt äußerten, der Ministerpräsident habe sich zu weit vorgewagt, mit der Empfindlichkeit in Wien nicht gerechnet, Clemenceau sei zu sehr als Polemiker statt als Politiker und Diplomat in seiner Auseinandersetzung mit dem Monarchen hervorgetreten, so werden die französischen Zeitungen jetzt nach der Besprechung alle Ursache haben, Herrn Clemenceau anzulagen und ihn vorzuwerfen, daß er den Kaiser an das deutsche Bündnis fester denn je geknüpft habe. Noch in den Tagen vor der Reise orakelte die feindliche und namentlich die französische Presse, welchen Zweck wohl die Reise haben solle, und es kam die versteckte Hoffnung zum Ausdruck, der Kaiser möge auf seiner Friedenspolitik bestehen bleiben, was man als Zeichen dafür auslegen kann, wie sehr sie der Entente Vorteile brachte. Zweifellos ist in der Friedenspolitik Kaiser Karls durch die Reise keine Veränderung eingetreten, der zum Grafen ernannte Baron Burian versicherte neulich noch, daß Oesterreich-Ungarn „auf der Friedenslauer“ liege, aber das, was durch die Friedenspolitik des jungen Kaisers für uns schädlich wirkte, nämlich die Aufrechterhaltung des Glaubens im feindlichen Ausland, Oesterreich-Ungarn sei für den Sonderfrieden reif und werde in logischer Fortsetzung seiner Politik eines Tages zum Sonderfrieden bereit sein, — diese Hoffnung muß jetzt verschwinden, und daraus kann natürlich unsere Politik nur Vorteile haben. Wie nachteilig uns die bisherige entgegengesetzte Auffassung der Gegner gewesen ist, wie sehr man glaubte, Oesterreich-Ungarn von Berlin trennen zu können, ist hinreichend bekannt, und darüber hat Marcel Cachin neulich in der „Humanité“ bezeichnende Angaben gemacht, als er während der Briefaffäre schrieb:

Noch vor wenigen Tagen versuchte nach dem Scheitern der Mission Smuts eine englische Persönlichkeit von starker Bedeutung, Herr Kerr, ein besonderer Vertrauter Lloyd Georges, die zerrissenen Fäden der Unterhaltung wieder zu knüpfen. Auch die belgische Regierung ist in Beziehungen zu Kaiser Karl und

(W. L. B.) Großes Hauptquartier, 14. Mai.  
Westlicher Kriegsschauplatz.

An den Kampffronten ließ die in den frühen Morgenstunden gesteigerte Feuertätigkeit im Laufe des Vormittages nach. Am Abend lebte sie wieder vielfach auf. Nach heftiger Feuerwirkung nördlich vom La-Bassée-Kanal versuchten die Engländer am Abend starke Teilangriffe gegen unsere Stellungen nördlich und südlich von Givenchy. Sie wurden verlustreich zurückgeschlagen.

Die Erkundungstätigkeit blieb rege.  
Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues. Der Erste Generalquartiermeister  
Ludendorff.

seinen Abgesandten getreten. Und schließlich haben auch wir selbst Verhandlungen angebahnt; wir haben Annäherungen versucht; wir haben Vorbereitungen eingeleitet; wir haben zunächst vorgefühlt und dann unsere Nachforschungen weitergetrieben; zwischen Madrid und Paris haben sich Beziehungen an, und unsere Agenten in Spanien haben durch Zwischenträger die augenscheinlichen guten Absichten des Kaisers Karl fördern.

Solchen Versuchen ist nun der Boden entzogen und das kann man nur freudig begrüßen und wünschen, daß gerade weil Wien in der Politik ein heißer Boden ist, alles unterbleibt, was die Gegner in Zukunft nochmals mit neuen Hoffnungen erfüllen könnte. So lächerlich es erscheint, aber man muß nun einmal mit der geistigen Verfassung der Franzosen rechnen, die in kindlicher Verblendung Volkentumadspolitik treiben, anstatt mit beiden Beinen auf realem Boden zu stehen. Wir hören nun aus Wien, daß die Grundlage des vertieften Bündnisses die alte bleiben wird insofern, als der Defensivcharakter gewahrt werden soll; es soll sich eingliedern in den etwa zu schaffenden Völkerbund, aber es soll der veränderten Sachlage Rechnung tragen. Italien ist vom Dreibunde abgesprungen, Rußland ist nicht mehr der alleinige Feind, sondern wir stehen vor einer Koalition, die auch nach dem Kriege uns zu schaffen machen wird. Schon Fürst Bismarck hat auf die Schwächen des Bündnisses hingewiesen gehabt, als er einmal ausführte: „Der Vertrag, den wir mit Oesterreich zu gemeinsamer Abwehr eines russischen Angriffs geschlossen haben, ist publici juris. Ein analoger Defensivvertrag zwischen beiden Mächten gegenüber Frankreich ist nicht bekannt. Das deutsch-österreichische Bündnis enthält gegen einen französischen Krieg, von dem Deutschland in erster Linie bedroht ist, nicht dieselbe Deckung wie gegen einen russischen... Der Beistand Oesterreichs ist für uns gegen Rußland leichter zu haben als gegen Frankreich, nachdem die Fraktionen dieser beiden Mächte in dem von ihnen umworbenen Italien in der alten Form nicht mehr existieren. Für ein monarchisches und katholisch gesinntes Frankreich, wenn ein solches wieder erstanden, wäre die Hoffnung nicht erloschen, ähnliche Beziehungen zu Oesterreich wieder zu gewinnen, wie sie während des Siebenjährigen Krieges und auf dem Wiener Kongreß vor der Rückkehr Napoleons von Elba bestanden, in der polnischen Frage 1863 drohten, im Krimkrieg und zur Zeit des Grafen Beust von 1866 bis 1870 in Salzburg und Wien Aussicht auf Verwirklichung hatten. Bei etwaiger Wiederherstellung der Monarchie in Frankreich würde die durch die italienische Rivalität nicht mehr abgeschwächte gegenseitige Anziehung der beiden katholischen Großmächte unternehmende Politiker in Versuchung führen können, mit der Wiederbelebung derselben zu experimentieren.“

Aus der Wiener Depesche geht auch deutlich hervor, daß dieser Mißstand beseitigt werden soll, wobei die Feindschaft Englands in Berücksichtigung gezogen werden dürfte, wenn gesagt ist: es müsse dem Umstande Rechnung getragen werden, daß die ganze Welt uns mit Vernichtung drohe. Daß ein Bündnis, das Sicherungen schafft, das politisch Oesterreich-Ungarn fest und unverrückbar an unsere Seite stellt, das vor allem auch die militärische Seite der Angelegenheit regelt — es dürfte eine Militärkonvention geschlossen werden, die bisher nicht bestanden hat — das wirtschaftlich die Grundlage zu einem Mitteleuropa bildet und das ganze Abkommen zu einem öffentlichen Staatsvertrag ausgestaltet, an Bedeutung außerordentlich gewinnt, ist naturgemäß, und so wäre es an sich begreiflich, daß unter diesen Umständen verschiedene politische Wünsche Oesterreich-Ungarns, so die polnische Frage, in österreichischem Sinne ihrer Erfüllung entgegengehen, weil verschiedene Bedenken, namentlich nach der militärischen Seite hin, unter diesen veränderten Ver-

hältnissen vielleicht in den Hintergrund treten würden. Ob diese Lösung der polnischen Frage in diesem Sinne erfolgt ist, muß zunächst, trotz der Wiener Versicherungen, noch abgewartet werden, auch ob man sich vom deutschen Standpunkt aus damit befreunden kann oder nicht. Es ist anzunehmen, daß die Parlamente reichlich Gelegenheit haben werden, sich mit den Abmachungen zu beschäftigen. Bis dahin und bis zur Veröffentlichung des Vertrages wird man eitel Freude unterdrücken können, wenn auch darüber Befriedigung herrschen wird, daß die Grundlage des Bündnisses erweitert werden soll. Wenn der „Vorwärts“ meint, das Bündnis sei in Oesterreich-Ungarn „herzlich unpopulär“ und man könne auf die Stellung des Wiener Parlaments gespannt sein, so ist dazu allerdings zu bemerken, daß zweifellos die Wiener Regierung dem Parlament keine Abmachung vorgelegen wird, an dem Oesterreich-Ungarn keine erhebliche Vorteile hätte. Schon die austropolnische Lösung wäre für die Donau-Monarchie ein ganz außerordentlicher Kriegsgewinn, für den sich übrigens Burian immer sehr lebhaft, im Gegensatz zu Czernin, eingesetzt hat. Die Unpopularität des Bündnisses, die der „Vorwärts“ in unserer „alldeutsch-reaktionären Politik“ erblickt, wäre künstlich durch schwere Fehler der beiderseitigen Regierungen und durch die Heftigkeit der Sozialdemokratie in Deutschland und Oesterreich sowie der Slaven erzielt worden; sie auf unsere reaktionäre Politik zurückzuführen, ist unrichtig, weil man von reaktionärer Politik bei uns im Verhältnis zu mancherlei Dingen, die jenseits der Grenze geschehen, nicht gut sprechen kann. Im übrigen haben gerade die letzten Wochen nach der Briefaffäre bewiesen, wie populär der Bündnisgedanke in Oesterreich ist, daß man bestürzt war dem Gedanken, es könnte eine Aenderung eintreten. Wenn sich Oesterreich-Ungarn und Deutschland nach den Kriegsergebnissen nur noch enger zusammenschließen, so geschieht es aus dem Bedürfnis heraus, daß dazu eine Notwendigkeit vorliegt, wenn das im Kriege Behauptete und Errungene erhalten werden und die Opfer, die zugunsten des Bündnisses gebracht sind, nicht umsonst gebracht sein sollen. Das ist doch für Bündnispolitik der leitende Gedanke; wer dabei innere Politik verquält, der beweist, daß er die Welt nur vom Kirchturm aus betrachtet.

### Erweiterung zum öffentlichen Staatsvertrag?

In einer Wiener Meldung der „B. Z.“ heißt es: Die offizielle Mitteilung aus dem deutschen Hauptquartier über den Ausbau und die Vertiefung des Zweibundes nach bereits vereinbarten Grundlinien hat hier großes Aufsehen erregt. Die Zwei-Kaiser-Zusammenkunft wächst dadurch in ihrer politischen Bedeutung weit über eine Freundschafts- und Bundesdemonstration hinaus. In bestunterrichteten politischen Kreisen hier werden bereits die Einzelheiten des vorbereiteten Ausbaues des Bündnisses mit großer Bestimmtheit ausgezählt und durchgesprochen.

Der bisherige Dreibundvertrag enthielt bekanntlich nur drei Artikel, in denen sich die Vertragsparteien im Kriegsfall wohlwollende Neutralität, im Falle eines unprovocierten Angriffes gegenseitige Hilfe mit der ganzen Waffenmacht zusicherten. Es war also nur ein diplomatischer Vertrag, dessen politischer Sinn gegenseitiger Schutz gegen die russische Expansion war. Das neue Bündnis wird darüber formell und inhaltlich weit hinausgehen. Es soll die ganzen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Reiche durch Geschäftsverträge festlegen; das Bündnis soll also pragmatisiert werden.

Außenpolitisch soll das Bündnis seinen rein defensiven Charakter behalten, aber zum Schutzvertrag nach allen Richtungen (also nicht mehr bloß gegen Rußland) ausgestaltet werden. Die austro-polnische Frage soll bei dieser außenpolitischen Regelung eine Rolle spielen.

Militärisch sollen die gegenseitigen Vereinbarungen so verdichtet und vereinheitlicht werden, daß von einer Art Militärkonvention gesprochen werden kann.

Wirtschaftlich wird eine möglichst weitgehende Gemeinsamkeit angestrebt, die namentlich für die Uebergangswirtschaft unerlässlich ist. Wenn dabei auch alles vermieden werden soll, was eine wirtschaftstriegetrische Spitze gegen die übrigen Handelsstaaten zu haben scheinen könnte, so liegt doch die vielerörterte Zollunion im Bereich der bereits skizzierten Pläne.

Ein grundlegender Unterschied wird nach bestimmten Versicherungen hier in der Form des neuen Bündnisses gegenüber dem alten zu verzeichnen sein. Es wird nicht bloß einen diplomatischen Geheimvertrag darstellen, sondern soll artikelmäßig in den Staatsgesetzen beider Reiche verankert werden.